

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Samstag und Sonntag... Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei direkter Postbestellung monatlich 4.50 M., bei Postbestellung unter Fortschreibung für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserat: Folien bis achtzeiliger, Non-parillig oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen bis sechszeiliger Wort 20 Pf., über weitere Wort 15 Pf., Letzterzeile 10 Pf., Bei Familien- u. Veranlassungsmäßig mit der Zeitung bez. Inserate für den bevorstehenden Tag: müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Zustellort: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die regierenden Militärs.

„wunders etc. sonst in Menschenköpfen moß sich in diesem Kopf die Welt.“

Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland die hohen Militärs einen außerordentlich starken politischen Einfluß ausüben, unter dessen Druck die Regierung beständig steht. Sie sind es, die die Gewaltherrschaft der Gegenrevolution ausüben und diesen Zustand unwidriglich zu einem dauernden zu gestalten trachten. Die Regierung, die ihnen zur Macht verholfen hat, hat weder den Willen noch den Mut, diesem Zustand ein Ende zu machen. Das Verhältnis Berkmanns zu Ludendorff hat sich auf die Regierung Bauer übertragen. . . .

Es ist deshalb wichtig, Einblick zu erhalten in die Psychologie dieser herrschenden Klasse, und deshalb ist das Dokument, das wir heute veröffentlichen, von großer politischer Bedeutung.

Es zeigt deutlich die charakteristischen Eigenschaften jener Militärherrschaft. Offiziere bleiben natürlich, auch wenn sie Politik treiben, das, was sie sind: Menschen, die durch ihren Beruf dazu verführt sind, in der Gewalt das einzige Heilmittel zu erblicken; die gänzlich unfähig, sich selbst ein politisches Urteil zu bilden, angewiesen sind auf die Spitzelberichte und sich daraus ein Phantasiegebilde konstruieren, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat; Leute schließlich, die in den engsten Ständes- und Klassenvorurteilen befangen, sich einbilden, daß die spezifische Borniertheit des preussischen Offiziers dem deutschen Volke nach wie vor als Befehl auferlegt werden muß, und die jeden Widerstand dagegen als Vaterlandsverrat betrachten, der gewaltfam niedergeschlagen werden muß.

Es ist recht interessant, an Hand dieses Dokuments die Politik der Offizierskamarilla im einzelnen zu verfolgen. Ihre durch die Spitzelberichte vorbereitete Phantasie sieht in der Arbeiterbewegung nichts als planmäßig organisierten Aufruhr. Selbst die tollsten Angeburten der Spitzelmache, die, wie das Bestehen von kommunistischen Mörderzentralen, längst widerlegt sind, erscheinen diesen Einfältigen als unumstößliche Wahrheit. Und daß sich die Unabhängigen und Kommunisten mit nichts anderem beschäftigen als mit der Organisation von Putsch, gilt ihnen als selbstverständlich. Und in dieselbe Verdammnis gehört, damit auch der Gummor nicht zu kurz kommt, auch der von ihnen entdeckte linke Flügel der Mehrheitssozialisten.

Aber so phantastisch die Unterlagen sind, so real und so außerordentlich gefährlich ist die Politik, die diese Militärs machen. Verfolgen sie doch mit äußerster Konsequenz die Niederhaltung und Niederwerfung des sozialistischen Proletariats sowohl in seinem politischen wie in seinem gewerkschaftlichen Kampfe. Sie sind die bewußten und energischen Träger der politischen und sozialen Gegenrevolution, die nur so lange die Regierungspolitik unterstützen, als sie mit ihrer eigenen Politik übereinstimmt. Es fällt ihnen keinen Moment ein, sich auf ihre militärischen Aufgaben zu beschränken, sondern sie stellen der Regierung ihre Forderungen und verlangen, daß die Regierung diese Forderungen zu den ihrigen macht. Sie sehen die Zivilgewalt als das ihnen untergeordnete Werkzeug an und übergipfeln noch die altpreussische Tradition darin, daß sie in weit höherem Maße als je zuvor die innere Politik zu bestimmen trachten. Für ihr Machtbewußtsein ist ebenso bezeichnend, wie heftig sie die Regierung zur Rede stellen, wie für den allgemeinen Geist dieser Klasse die antimilitarischen Redensarten charakteristisch sind.

Und nun lese man das Dokument:

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichswehrgruppenkommando I. Persönlich.

Die Lage im Innern am 10. 10. 19.

Die Lage ist ernst.

Die zahllosen Streiks des Jahres haben in Verbindung mit den natürlichen Folgen des Krieges eine Spannung geschaffen, die zur Entladung drängt. Wachsende Verzweiflung, Durst, Müde und nicht zuletzt das passive Verhalten der Bevölkerung gegenüber der Arbeitslosigkeit, der Streikwut, der

politischen und wirtschaftlichen Verheerung gegenüber auf den ständbar fortschreitenden Vorbereitungen der Umstürzler beruhen den Boden für den Zusammenbruch.

Die Organisation des Umsturzes ist gut. Die Kommunisten, die U. S. B. und der

linke Flügel der Mehrheitssozialisten

sind daran beteiligt.

Eine gewisse Spaltung der Ansichten über die Mittel zur Erreichung des allgemeinen Zieles, der Herrschaft des Proletariats, ist erkennbar. Die radikalen Elemente streben den Aufruhr an und streiten auf dem Wege dazu planmäßig vorwärts. In Volk und Reichswehr wird für die rote Armee, ihre Bewaffnung und Munitionierung gewonnen. Kampfsorganisationen und Mörderzentralen werden geschaffen. Jedes Mittel ist recht! —

Überlegtere Führer glauben das Ziel durch völlige Ablagerung des Wirtschaftslebens, mit Hilfe zunächst von Einzelstreiks wichtiger Betriebe und schließlich des Generalstreiks zu erreichen.

Beide Gruppen arbeiten mit großen Geldmitteln des In- und Auslandes (Juden), mit vorzüglichen Nachrichtenorganisationen und mit planmäßig, großzügig angelegter Hebe in Volk und Meer. Beide versuchen durch Heranziehung gebildeter Stände die geistige Leitung ihrer Organisation auszubauen.

Verfehlt wäre es, in der geschilderten Spaltung eine Schwäche des Gegners zu sehen. Im geeigneten Moment werden zweifellos beide Richtungen sehr schnell den Weg zur Einigung finden. Wesentlicher ist die allmählich sich zeigende Scheidung der Meinungen in der gesamten, großen Arbeiterschaft. Hier und da tritt eine gewisse Streikmüdigkeit hervor, besonnenerer Elemente haben den Terror satt, die Sehnsucht nach geordneten Zuständen wächst. Verständige Arbeiter haben erkannt, daß sie letzten Endes nur zu einer Vertiefung aller Lebensbedürfnisse auch für die Arbeiter führt. Sie sehen ein, daß die immer neuen Lohnforderungen nichts mit Sozialismus zu tun haben, sondern nur eine kapitalistische Ausbeutung des Volkes durch das Proletariat bedeuten. — Auch diese Erscheinungen sind nicht zu übersehen. „Von selbst“ werden sie zu gesunden Verhältnissen niemals führen.

Der Verlauf des Metallarbeiterstreiks

hat erneut bewiesen, daß die Macht des Terrors gegenüber der geringen Widerstandskraft der ruhigen Arbeiter noch lange nicht gebrochen ist.

Im ganzen ergibt sich, daß sowohl mit der Möglichkeit des bewaffneten Aufruhrs, wie auch mit dem Generalstreik weiter gerechnet werden muß. Für den bewaffneten Putsch liegen unmittelbare Anzeichen im Augenblicke nicht vor. Große Teilstreiks sind im Gange; sie können trotz des Widerstandes besonnener Arbeiter sehr schnell zum Generalstreik führen — sie können auch als Teilstreik lebenswichtiger Betriebe weitergeführt, das Wirtschaftsleben langsam erdroffeln, namentlich dann, wenn es gelingt, die stark verbelebten Eisenbahnen mit in den Streik zu ziehen.

Führer und Truppe müssen auf beides gefaßt sein. Meist auf ihren Schultern ruht die Abwehr. Die Aufruhrbestimmungen liegen fest.

Die Bekämpfung des Generalstreiks nach für das ganze Reich einheitlichen Richtlinien ist in Arbeit.

Die Vorarbeiten werden in kurzem abgeschlossen sein.

Die Führer sind sich ihrer Aufgabe wohl bewußt. Schwer oder leicht auf ihnen die Sorge um die Truppe. Dort sieht es nicht so aus, wie es sein muß und wie es sein sollte!

Seit Monaten tritt das R. W. G. R. dafür ein, daß die Verminderung des Heeres nicht übereilt wird, daß man den Entwicklungsprozeß — denn ein solcher ist es — nicht gewaltsam überstürzt. Trotzdem versucht wurde, von hier aus, in Erweiterung der Befehle des Kriegsministeriums, die Verringerung des Heeres in ruhigerer Mahnen zu lenken, stehen wir sehr der Tatsache gegenüber, daß bei der Wehrzahl der unterstellten Verbände die Stärken rapide sinken. Gleichzeitig sinkt an vielen Orten der innere Wert der Truppen, nicht nur durch Verheerung, sondern dadurch, daß gerade die besten Leute gehen. Mangelhafte Verpflegung, unzureichende Bekleidung, Unterbringung und Bekleidung tragen dazu bei, ihnen den Aufenthalt bei der Truppe gründlich zu verleiden. Den besseren Elementen wird es verhältnismäßig leicht, Arbeit zu finden, der schlechtere bleibt, und bei weiterer Entlohnung auf dieser Linie wird das Heer zum Sammelpunkt von Arbeitslosen und Gefindel.

Sicher ist die Aufgabe, die Truppe in strenge Disziplin zu bringen, noch nicht erfüllt. Grundlage aber dafür ist, daß Offizier und Mann mit Achtung auf einander, mit Achtung auf ihren ganzen Stand bilden können. Das wird nicht erreicht, wenn die Regierung, die sich auf die Truppe stützt, Offizier und Mann kraftlos beschimpfen und mit Rot bewerfen läßt. Nicht dringend genug kann davor gewarnt werden, die Stimmung der Truppe zu untergraben.

In immer steigendem Maße bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß ein ausreichend starkes, zuverlässiges Heer der Grundstein für den Wiederaufbau des Reiches, für Schaffung von Arbeit und Ordnung, von Arbeit und Brot ist. Sicherheitspolizei und Bewachung können das Heer auf die Dauer nicht ersetzen. Immer lauter wird der Verdacht, daß die Regierung aus Gründen, die jedem Vaterlandsliebenden Deutschen unverständlich bleiben, sich nicht dafür einsetzt, ein Heer zu erhalten, das in achtunggebietender Stärke und Disziplin wenigstens die Ordnung im Innern verbürgt. Natürlich spricht die Sorge um die eigene Existenz, das Gefühl, undankbar und gleichgültig behandelt zu sein, bei der Abstimmung im Heere ein gewisses Wort, weit ernster aber ist die Bewegung, weil sie im Grunde auf moralischen und vaterländischen Motiven beruht. Man hat nicht weit zu gehen, um aus dem Munde eines einfachen Mannes zu erfahren, daß die Regierung nicht imstande ist, das Volk zum Besseren zu führen, daß sie nicht fragt, wieviel Offiziere und Soldaten im Kampfe gegen den Aufruhr verbluten, wenn nur der „streikende Arbeiter“, der Parteigenosse nicht vor den Kopf gestoßen wird. Oft hat sich der Soldat auf dem Pflaster eingeseht, um die Regierung zu stützen, daß ihm niemand dankt, daß alles nutzlos war, wenn es so weitergeht — das sind Gedanken, die sich Bahn brechen, unaußersichtbar, wohl letzten Endes sie berechtigt sind.

In kurzer Wiederholung zahlreich gestellter Anträge werden die Vorschläge zur Abhilfe erneut zusammengefaßt:

1. Bessere Versorgung der Truppe. Offizier und Mann, in Verpflegung, Bekleidung, Bekleidung und Unterkunft.
2. Für ausdauernde Maßnahmen für Freigabe der Werbungen soweit, daß die Truppe voll verwendungsfähig bleibt. Die freigegebenen Werbungen in den Durchgangslagern und beim R. O. R. Nord werden kaum Abhilfe schaffen. Das R. O. R. Nord hat anscheinend selber Mangel an Truppen.
3. Vorausschauende Maßnahmen für Verpflichtungsverlängerungen auch über den 31. 3. 20 hinaus.
4. Größte Vorsicht im weiteren Ausbau des Heeres. Eine neue Verminderung im Winter, schon ihre bloße Ankündigung gefährdet nach allen Erfahrungen den Halt der Truppe. Mit allen Mitteln ist die Erhaltung des Heeres von wenigstens 250 000 Mann zu erstreben.
5. Schutz der Uniform, weitgehendster gesetzlicher Schutz der Soldaten, des Heilfreiwilligen und der Einwohnerwehren gegen Beleidigung, Angriff und Vohott.
6. Rücksichtsloser Kampf gegen Verheerung in Wort und Schrift.
7. Rücksichtsloser und sofort anzunehmender Kampf gegen die Führer der Kommunisten und Unabhängigen und ihrer Helfer (Weldgeber).
8. Streikverbot und künftiger Abban der Arbeitslosenelber.
9. Die Maßnahmen zu 6 und 8 werden wirksam nur bei Erklärung des Kriegs- und Belagerungszustandes durchgeführt werden können.

Ein Bericht über die Ausschaltung der Politik im Heere folgt.

R. f. d. R. W. G. R. No. 1.

gez. v. S. Der Chef des Generalstabes: gez. v. Oibersthausen, Generalmajor.

Verteiler: Reichswehrministerium (X) 6. No. 6. No. 2. 8. 4. No. Brigade 8. 15. 16., No. Brigade V. VI., Südf. No. 6. No. 6.

Wer die bewaffnete Macht verfügen, ganz nach ihrem Glauben sind.

Interessanter wird freilich sein, was die demokratische und rechtssozialistische Presse, und was vor allem die Regierung zu dieser Verächtlichkeit und zu diesen Forderungen zu sagen hat. Der „Vorwärts“ allerdings wird sich um die Antwort nicht lange zu bemühen brauchen. Er weiß: wir haben die „vollendete Demokratie!“

Eine Kampfanlage der Einwohnerwehr.

Hoh, Hoh und nochmals Hoh! so lautet die Parole, die am Sonnabend ein Major von Geringen, Regimentskommandeur des Schutzbataillons Groß-Berlin (Einwohnerwehr), anlässlich einer Vortragveranstaltung dieses Regiments ausgab. Die anwesenden Marschierer brüllten Beifall, klatschten in die Hände und stampften mit den Füßen. Der Herr von Geringen behandelte das Thema: „Der Friedensvertrag und seine Wirkungen auf die innere Lage.“ Der Referent in Wehr und Waffen, Generalfeldmarschall an den Weinleibern, verwechselte anscheinend die erlöschende Versammlung mit einem Hofball der wilhelminischen Zeit; seine ganze Ausdrucksweise beruht auf dem.

Wohin sind wir alle, weil wir uns wehrlos machen lassen? Wissen ist ein wertvoller Phosphorsäure, Clemenceau und seine niederrheinischen Franzosen traktieren uns ständig mit Maulschellen, die ganze Welt hält sich den Bauch vor Lachen über unsere Proteste, na, und überhaupt der Friedensvertrag, in hohem Dogen mühte man ihn aus dem Fenster zu werfen!

Formal trummelte der Herr Regimentskommandeur auf dem Pulke, weil uns die Entente nur 100.000 Mann Soldaten, einschließlich der Offiziere, zugestanden hat. Noch mehr erregte er sich darüber, daß die Entente versucht hat, alle Hinterläure zur Umgehung dieser Bestimmung zu veranlassen. Die Entente besorge dadurch die Geschäfte der Spartaisten und Bolschewisten. Der Referent versprach jedoch, sein Weites dazu herzugeben, um allen Widerständen zum Trotz das Schutzbataillon Groß-Berlin, das nur aus ausgetretenen Männern bestehe, in die Zukunft hinüberzureiten. Denn auf die Staatsgewalt könne und dürfe man sich nicht verlassen.

Neht geheimnisvoll tuend, denn die Wände könnten Ohren haben, erzählte er dann die fürchterliche Geschichte, daß im geheimen bereits eine rote Garde organisiert sei, bestehend aus dem „Revolutionären Arbeiterbund“ und der „Kampfabteilung der Massenbewegung Arbeiter“. Seitens der Spartaisten und Bolschewisten würden keine verzeitelten Wünsche mehr stattfinden, sondern diese rote Garde mit der Zentrale in Berlin wäre sehr gut bewaffnet und ausgerüstet, verfüge sogar über Panzerautos und würde — leider — von ehemaligen Offizieren vorzüglich organisiert und gedrillt zu einem entscheidenden Schlage. In Berlin seien bereits 22 Abteilungen dieser roten Garde aufgestellt. Man habe es mit einem waffengedienten und achtenswerten Gegner zu tun. Da die Deutschen nicht ehrlas leben könnten, würden sie wie 1813 schließlich zur Bestimmung kommen, und der gute Gott würde es schon geben, daß dies bald geschehe.

Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Redner die Anwesenden auf, aus Bekanntschaften dem Regimente neue Anhänger zu gewinnen, und die Frauen ermahnte er, ihren Männern keine Schwierigkeiten zu machen, wenn sie sich dem Vaterlande zur Verfügung stellen würden, um es mit ihrer Brust zu decken. Major Schweitzer dankte dem Referenten für seine Ausführungen, alle Beifreiwilligen würde seinem Rufe Folge leisten. Anschließend wurden ein französischer Drehfilm und der „Wilde“ Film (von der Regierung zur Verfügung gestellt) vorgeführt. Der Herr, der die Filme erläuterte, war recht traurig darüber, daß wir nicht gerade so gut helfen könnten wie die Franzosen. Es wäre entschieden zu wenig getan worden auf diesem Gebiete, mit anderen Worten, es hätte noch mehr gelogen werden müssen, als es geschehen sei. Daß in dem französischen Drehfilm deutsche Offiziere betrunken dargestellt wurden und sogar Seine Majestät karikiert wurde, das tat dem Herrn besonders leid.

Der Verlauf der Vortragveranstaltung zeigte wieder einmal klöglend, welchen Zwecken die Einwohnerwehren dienen sollen.

Kommunistische Parteikrise.

Die Berliner Kommunisten stehen in entscheidenden Fragen — Parlamentarismus, Betriebsorganisation — im Gegensatz zu der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands. Dieser Zwiespalt ist jetzt zum offenen Ausbruch gekommen. Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands hat an die Redaktion der Berliner „Roten Fahne“ ein Schreiben gerichtet, in dem gewisse Artikel als dem Geiste des Kommunismus völlig widersprechend und als fundamentalistisch bezeichnet werden. Damit sind gemeint die Artikel, in denen die Sabotage als individueller Einzelfall, als neue Waffe des Proletariats und die revolutionäre Betriebsorganisation als der eigentliche Boden des organisatorischen Aufbaus gegenüber der Partei gepriesen werden. Die Verfasser und die Redaktion werden von der Zentrale als außerhalb der kommunistischen Partei stehend betrachtet. Das ist so ziemlich das äußerste Mittel, das man hier gegen die Berliner Kommunisten anwendet.

Diesem Schreiben der Zentrale gegenüber erläßt die Redaktion der Berliner „Roten Fahne“ eine offene Antwort, in der sie der Zentrale Fälligkeit des Inhalts der angezogenen Artikel vorwirft. Nebenbei gibt es auch einen kleinen Seitenhieb gegen die „Freiheit“, der unterworfen wird, daß sie wahrscheinlich Fälligkeit abhandelt habe. Aber interessanter als all dies ist, was man über die Zusammenfassung und die Befugnis der Zentrale der kommunistischen Partei aus der Antwort erfährt. Es heißt da: Die Erklärung der Zentrale ist der Meinungsausdruck eines engeren Ausschusses, von dessen Gelingen weite Kreise der Parteimitglieder wahrscheinlich keine Kenntnis haben. . . . Auch hier hat sich wiederum die auffällige Negung der Zentrale offenbart, sich über Rechte und Wünsche der unteren Instanzen der Partei, die den Willen der Massen interpretieren, hinwegzusetzen.

Inzwischen haben die Groß-Berliner Funktionäre der K. P. D. der Redaktion der „Roten Fahne“ ein Vertrauensvotum ausgedrückt und erklärt, daß von ihrem Ausschluss aus der Partei keine Rede sein könne. Der Vertreter der Zentrale sprach aus, daß, wenn die bevorstehende Reichskonferenz der Politik der Zentrale nicht folge, die Gründung einer neuen Partei in Sicht sei.

Die hier angeführte Parteispaltung ist in den letzten Tagen zur Wirklichkeit geworden. Wie aus Hamburg gemeldet wird, bringt die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ an der Spitze der Sonnabend-Ausgabe einen Aufruf, in dem die Spaltung in der K. P. D. als vollzogen erklärt wird. Von 43 Delegierten auf der kürzlich stattgefundenen Reichskonferenz sind 18 ausgeschlossen worden, weil sie gegen die Leitlinie der Zentrale gestimmt haben. Daraufhin hat die Hamburger Parteioffiziation die Vorarbeiten für die Gründung einer neuen kommunistischen Partei in die Hand genommen.

Wir kommen auf diese Vorgänge noch zurück, sobald wir den Wortlaut des Hamburger Aufrufs in Händen haben.

Ein Einigungsprogramm.

Am Sonntag, den 26. Oktober, tagte im Herrenhaus die zweite Delegierten-Vollversammlung der Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie. Nach einem Referat von Dr. Rehrig wurden Richtlinien für ein Einigungsprogramm aufgestellt, deren Grundsätze nach der Meldung einer Korrespondenz lauten:

Die Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie erblickt in einer einheitslichen proletarisch-sozialistischen Front eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen. Sie macht es sich deshalb zur Aufgabe, solange noch verschiedene sozialistische Parteien nebeneinander bestehen, wenigstens auf eine Ausschaltung aller Gruppierungen und unnötig Verbitternden aus den Auseinandersetzungen zwischen ihnen hinzuwirken und die Debatte selber begangener Fehler zu vermeiden. Sie erblickt den besten Weg zur Einigung in der Durch-

führung sozialistischer Arbeitgemeinschaften. Die Basis, auf der eine Einigung erreicht werden kann, ist nach Ansicht der Zentrale die Demokratie. Diese bedeutet die Ausübung der Herrschaft durch das Volk selbst und nicht durch Einzelpersonen irgendwelcher Art. Wohl braucht das Volk zur Ausübung seiner Herrschaft Organe, die auf Grund des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes gewählt sind, die jedoch der ständigen Kontrolle unterliegen und jederzeit abberufen werden können. Soweit es irgend möglich ist, verlangt die Demokratie, daß das Volk die Vertretung seiner Interessen selbst in die Hand nimmt. Nur die Demokratie mit ihren Attributen der Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit gestattet dem Proletariat, seine Kräfte frei zu entfalten und in Politik und Wirtschaft geltend zu machen.

Die Demokratie bedeutet keine Ausschaltung der Arbeiterräte. Sie sind berufen, die Demokratie dadurch zu sichern, daß sie dem durch allgemeine Wahlen gebildeten Parlament gegenüber den Willen der sozial wichtigsten Klasse der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, ihm Gesetzesentwürfe unterbreiten und gegebenenfalls seinen Beschlüssen gegenüber eine Volksabstimmung herbeiführen. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die restlose Vertretung anerkannter sozialistischer Grundsätze bedeuten, sind zu vermeiden. Wo ein solcher Verzicht Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung ist, wird die Partei des Proletariats sie höher ablehnen und sich auf eine scharfe Opposition, verbunden mit Agitation und Organisation der Massen zu beschließen haben. Jede Verletzung der Demokratie zur künstlichen Aufrechterhaltung einer bürgerlichen Ministerkabinetts wird als Herausforderung des Proletariats zu einem Machtkampf mit allen Mitteln zu betrachten sein.

Ist die Eroberung der politischen Macht ein kurzer Akt, so bedeutet die Sozialisierung einen Prozeß, der sich nur allmählich vollziehen kann. In jedem Fall ist die Selbstherrlichkeit des Unternehmertums einzuschränken. Neben der Sozialisierung der Industrie ist auch die des Grund und Bodenschiebung zu beginnen. Aus der Verwaltung sind sämtliche jene Elemente auszuschalten, die sich als Vertreter des alten Regimes betätigen. — Die Reichswehr ist aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen. Ihre Angehörigen sollen von aller Kaiseranzucht verächtlich bleiben und bei der Wahl der Führer ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht haben. Sie sind besonders in den Reihen der organisierten Arbeiter zu werden.

Der militaristische Geist ist überall zu bekämpfen, in der inneren, wie vor allem auch in der äußeren Politik. Hauptaufgabe der Republik muß es sein, daß ein Völkerverbund mit einem Weltparlament an der Spitze gebildet wird, der künftighin Streitigkeiten durch einen Schiedsspruch erledigt.

Als Hauptgrundlage für jede Einigung sind auch weiterhin die politischen Grundsätze des Ersten Programms zu betrachten. Jedoch ist im Rahmen jedes Programmes allen verschiedenen Ansichten der weitestmögliche Spielraum zu lassen.

An die Richtlinien ist bemerkenswert, daß selbst diese Einigungsfreunde von einer Einigung der verschiedenen Parteien ablehnen, und statt dessen nur eine „Arbeitgemeinschaft“ vorschlagen, in deren Programm zwei Punkte von besonderer Bedeutung sind: Die Arbeiterräte werden anerkannt als notwendige Organe der Arbeiterklasse, ihre Befugnisse und Bedeutung aber zu gering eingeschätzt. Ferner wird jede Koalition mit bürgerlichen Parteien verworfen, die einen Verzicht auf die restlose Vertretung anerkannter sozialistischer Grundsätze bedeutet. Trotzdem erscheint uns auch der Vorschlag einer Arbeitgemeinschaft so lange völlig indiskutabel zu sein, als die S. P. D., die zur Zeit nicht anders als die Rosa-Luxemburg-Partei bezeichnet werden kann, durch ihre ganze arbeiterrätliche, gewalttätige Politik sich in schroffem Gegensatz zu den Forderungen des Sozialismus und der wirklichen Demokratie stellt.

Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Litauen und Sowjet-Rußland.

Am 23. d. M. sind Bevollmächtigte der litauischen Regierung nach Dorpat abgereist, um mit den Bolschewiki Verhandlungen anzuknüpfen. Die litauische Regierung hat beschlossen, mit den Bolschewiki nur einen Waffenstillstand abzuschließen.

erschossen wurde. Ebenso erging es mehreren Verhafteten, die sich um die Einleitung eines Verhörsverfahrens gegen die Okrana bemühten. Der Felds des Raubes wurde zum größten Teil mit Angehörigen der deutschen Feldpolizei geteilt, damit diese die harte auch ein deutscher Offizier, namens Münch. Auch die deutsche Feldpolizei ist nicht weiter als eine verkappte Okrana.

Neben in Litauen fanden ca. 14 solcher Verhaftungen statt, bei denen 8 Personen erschossen wurden. Dieses Verbrechen betraf die Okrana schon seit langen Wochen, ohne daß deutsche Feldpolizei sowie russischerseits in Verhaftung gefahren gegen die Antarkämpfer eingeleitet wurde. In den Offizieren der Okrana gehörte auch ein deutscher Offizier, namens Münch.

Die Schieberjucht.

Alle Angehörigen der Truppen, vom hohen Offizier bis zum Gemeinen, sind von der Schieberjucht angeheftet. Man verdirbt zwei- bis dreimal. Ein Beispiel: Ein Wagen voller Zucker kommt an, er wird von der Intendantur gekauft, beschlagnahmt eine halbe Stunde später beschlagnahmt. Sein Inhalt wird in kleinere Mengen verteilt, diese werden der Partenderei und anderen Stellen verkauft, verschwinden dort aber wieder, um endlich an Dritte verhandelt zu werden. Dieses Unvermögen der Truppen kann natürlich nur von Offizieren und Chozen betrieben werden. Wird der Schieber zu öffentlich geißelt man einmal ein. Verhaftungen finden statt, und im Gefängnis sitzen Offiziere aller Grade, z. B. Oberleutnant Baron von Freytag und eine Anzahl Gemeine.

Der einfache Soldat sieht im Weinen und tut sich auch an den Bauern herab. Ein Beispiel: Ein Bauer aus Thorenshorn brachte Verwundete nach Litauen auf seinem Wagen. Deutsche Soldaten hielten ihn auf der Mähdrehe an und verlangten, daß er sie zu ihrem Truppenteil laufe. Unterwegs warfen sie ihn vom Gefährt, verdrückten ihn und fuhren mit dem Wagen auf und davon. Pferd, Wagen und Ware, die sich der Bauer gekauft hatte, wurden irgendwo verschoben.

Auf den Höhen Thorenshorn und anderer Orte sieht man Soldaten mit gefüllten Tornistern; seitens Russen, Juden, Silberberg und andere solche Sachen sind eben aufzuheben. Selbst die deutschen Familien befragen sich über die Verhältnisse ihrer Familien. Bevor Verwundete transportiert und transportiert werden die Genußwagen mit gepulvertem Wurst triumphierend zeigte ein Soldat ein Heiligenbild als Beleg auf der Durchfahrt durch Litauen.

Die deutschen Landsknechte.

Ein loeben aus Litauen zurückgekehrter Deutscher gibt über seine in Kurland gesammelten Erfahrungen die nachstehenden Schilderungen wieder. Sie werfen charakteristische Schlaglichter auf das Leben und Treiben der deutschen Landsknechte in Litauen.

Die Verhörungen an der Grenze.

Am 5. Oktober reiste ich von Tilsit über Raugargen nach Wilna und Miga. Der Bahnhof in Tilsit wimmelte voller Truppen, die zum größten Teil aus neuangeworbenen Soldaten und Begleitern von Proviant- und Munitionstransporten bestanden. Es blühte dort ein großer Handel mit Militärfaßsacken und Ausweisen über Zugehörigkeit zur Kellertuppe. Ueber den Bahnhof Tilsit und Raugargen sah ich in endloser Reihenfolge Transportzüge mit Waffen und Munition, Verpflegungsmitteln sowie Proviant, teilweise in Lagertütsacken untergebracht, nach dem Osten rollen. Bei der Grenzrevision in Pagen und wurden viele Kennungswachen, die ohne genügende Aufsicht nach Kurland wollten, festgehalten, aber kurz vor Abgang des Zuges zur Fahrt zugelassen.

Am 7. Oktober wurden in Wilna sämtliche Zetten entpöfnet und per Schiff nach Miga transportiert. Große Scharen deutscher und russischer Formationen zogen in der Richtung Miga durch Wilna. Sämtliche Truppen, russische wie deutsche, tragen deutsche Uniformen und Uniformen. Alles war regellos aus Deutschland geliefert worden.

Der Angriff auf die Zetten geschah planmäßig, da bereits 14 Tage vorher alle Bahnhöfe hierfür getroffen waren. Von einem Angriff der Russen kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, da diese nicht vorbereitet waren und bei dem Angriff der deutschen Truppen sich fluchtartig auf Miga zurückzogen. Auf meiner Reise von Miga nach Miga sah ich viele hungrige Zetten, auch Zivilisten, auf den Feldern unbesetzt liegen.

Sämtliche Truppentransporte, die Pagen und passierten und von russischen und deutschen Offizieren begleitet wurden, sind ohne jede Aufsicht durchgeföhren.

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen.

Das Verhältnis zwischen den russischen und den deutschen Truppen ist nicht immer freundschaftlich. Ein Beispiel hierfür: Ein russischer Oberst, der wegen des Uebertritts einer

deutschen Bataillions zum russischen Armeekorps verhandelte, wurde von dem deutschen Kommandeur der Bataillionsgruppe sehr unföhllich empfangen und es entspann sich ein heftiger Wortwechsel. Der russische Oberst sagte zum deutschen Kommandeur: „Sie unterziehen jetzt dem russischen Oberbefehl und haben sich meinen Anweisungen zu fügen.“ Darauf erwiderte ihm der Kommandeur: „Ich kann es nicht mit meiner deutschen Offiziersethik vereinbaren, einer russischen Truppe unterstellt zu sein.“ Darauf der Russ: „Wenn es Ihnen nicht paßt, da können Sie zu Ihren Berliner Volksgenossen gehen.“

Der Terrorismus gegen die Bevölkerung.

Der Oberstkommandierende der russischen Westarmee Oberst Amaloff-Wermandt (Härsch Krusoff) hat nach befristeter Auktion im Wilnaer Hauptquartier eine politische Polizei, genannt Okrana, errichtet. Diese besteht aus einem Stabskapitän, einigen Offizieren und ca. 25 Mann. Sie terrorisiert und plündert die Bevölkerung, hauptsächlich die Juden, in der entscheidenden Weise. Einige Beispiele hierfür mögen folgen:

In der katholischen Straße Nr. 32 in Wilna war ein Quartier für Reisende. Einem Russen brachen Mannschaften und Offiziere der Okrana durch die Fenster in die Wohnung ein. Es wurden alle Einwohner aus dem Hause verhaftet, all ihr Geld und ihre Papiere nahmen sie den Russen übergeben. Am gemeinsten benahm sich der Führer der Truppe (Kozelnik), der mit einem Kesselpfer auf Frauen einschlug, um sie zur Herausgabe der Gelder zu bewegen.

Nachdem die Verhafteten auf die Straße geführt worden waren, wurde ihnen bedeutet, daß sie, sobald sie über den Vorfall etwas verlaun haben, sofort erschossen würden. Die Verhafteten, die den Verhafteten abgenommen wurden, beliefen sich auf einige Hunderttausend Rubel.

Ein deutscher Ingenieur aus Miga, dem 85.000 Rubel abgenommen waren, ging mit einigen Leidensgenossen zur deutschen Feldgendarmarie und brachte die Sache zu Protokoll. Ein Offizier der Feldgendarmarie begleitete die Leidensgenossen zur Wohnung der Okrana. Man fand auch dort die Offiziere, die an dem Raubzug beteiligt waren, vor. Nach einer kurzen Rücksprache mit den Russen erklärte der deutsche Offizier, daß die Geldbeträge den Verhafteten bereits zurückgegeben worden seien, und daß sie jetzt keinerlei Ansprüche mehr hätten.

Darauf berief der Offizier die Woche unter Aufsicht der Okrana, der sofort verhaftet und außerhalb der Stadt

Das verschuldete Deutschland.

Trostlose Lage der Finanzen.

In einer öffentlichen Sitzung des Reichsrats am letzten Sonnabend wurde der Entwurf des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung für das Rechnungsjahr 1919 besprochen. Der Etat ist mit außerordentlich großen Posten belastet. Für die Abwicklung des alten Heeres sind allein dreihundertsechzig Milliarden vorgesehen. Für die Erledigung der Geschäfte sind 1800 Abwicklungsstellen mit einem Personal von rund 100 000 Mann nötig.

Der Verteidiger wies darauf hin, daß das gesamte Finanzbild überaus ernst sei. Die Schulden des Reiches haben sich in einem Jahre um 40,9 Milliarden vermehrt. Am 31. Dezember 1918 betrug die gesamte Reichsschuld 93,7 Milliarden Mark, sie wurde durch Rückgang auf 90,4 Milliarden ermäßigt. An schwelender Schuld sind zur Zeit 82 Milliarden im Umlauf, so daß sich die gesamte Schuld auf 172 Milliarden Mark beläuft. Am 1. April 1920 werden die Schulden des Reiches, wenn alle Kredite realisiert werden, die noch offen sind, insgesamt 204 Milliarden Mark betragen. Das ist eine ganz ungeheuerliche Summe, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Schuldlast des Deutschen Reiches vor dem Kriege nur 5 Milliarden betrug, während sich das gesamte Nationalvermögen auf ungefähr 300 Milliarden Mark belief.

Der für den Pfanddienst nötige Bedarf erhöhte sich im Rechnungsjahr 1919 allein um 800 Millionen. Der Berichtserichter brachte zum Ausdruck, daß die Abwicklung der Folge des Krieges und ebensoviel kosten wird, wie der Krieg selber, in dem wir noch mit 26 Milliarden Mark jährlich ausgekommen sind. In dem Etat sind für außerordentliche Zwecke allein 32 Milliarden vorgesehen, darunter 17 Milliarden zum Vollzug des Friedensvertrages. Die Hauptlast der außerordentlichen Ausgaben fällt auf die Ueberführung des Heeres und der Marine in den neuen Rahmen der Reichswehr. 8 Milliarden sind für die Beschaffung von Lebensmitteln einstellt.

Der Ausschuh des Reichsrats war sich über die trostlose Finanzlage völlig im Klaren. Das Reich kann eine Fortdauer der gegenwärtigen Ausgabe-Politik nicht lange mehr ertragen. Ein einschneidender Abbau der außerordentlichen Ausgaben ist unbedingt notwendig. Der Vertreter Preußens bemerkte, daß der diesjährige Etat Deutschlands auf der Erde ohne Beispiel sei. Die historische Finanzwirtschaft könne unmöglich so weitergehen. Es sei leider nicht gelungen, den Grundsatz der Sparsamkeit wieder zur Durchführung zu bringen, da bei manchen Mitgliedern des Reichsrats für die wahre Lage noch nicht das richtige Verständnis vorhanden sei. Er hoffe aber, daß die in der Sitzung bekanntgegebenen Riffern weite Kreise des Volkes noch zum Nachdenken bringen würden.

Die Sitzung des Reichsrats, in der die Schuldenlast des Deutschen Reiches zur Sprache kam, wurde von Herrn Koller geleitet. Er ist der Vertreter des neuen Heeres, das Deutschland monatlich 1 1/2 Milliarden Mark kostet. Hier muß in erster Linie der Hebel zur Sparsamkeit angegriffen werden. Die Herstellung der Reichswehr wird allein aus finanziellen Gründen zur zwingenden Notwendigkeit. Die Neuamwerbungen, die jährlich Millionen verschlingen, müssen sofort eingestellt werden. Wenn schon im alten Deutschland der Militarismus so viel verschlang, daß für kulturelle Ausgaben nichts mehr übrig blieb, so darf im sogenannten neuen Deutschland dieser Zustand nicht wieder vorkommen. Nicht die persönlichen Interessen der Offiziere haben dabei den Ausschlag zu geben, sondern das Wohl des Volkes, an dessen Ruin das neue Heer wie ein Dampfer faßt.

Die Sklavenbatalione.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fühlt sich verpflichtet, die Wiedereinführung der Sklaverei, wie sie während des Krieges vom deutschen Militär in den besetzten Gebieten betrieben wurde, in Schutz zu nehmen. Das Blatt hat den Mut, zu behaupten, es seien in Belgien und Nordfrankreich nur Arbeitslose und Arbeitsscheue deportiert oder zu Disziplinarbatalionen verurteilt worden. Und gerade die deutschen

Die Pläne der Landsknechte.

Politische Pläne oder bestimmte Anschauungen sind bei den Soldaten nicht vorhanden. Jeder will sich „gesund“ machen und dann heim, vom Offizier bis zum Mann. An Vandalismus wird nicht mehr gedacht, die Politik ist den Deuten „dipe“. Der Ruf nach Krieg zur Rückkehr der Truppen ist nicht bekanntgemacht worden, die weiteren Proklamationen wurden totgeschwiegen. Der direkte Heberitz der Freiwilligenverbände in russische Dienste wühlt sich abernd, da die Soldaten die Prügel- und Todesstrafe fürchten, die der Mäanderhauptmann Vermont nach altrussischem Muster wieder eingeführt hat.

Die Stellung der Landsknechte zu Deutschland.

Ein bellimmes Verhältnis zu Deutschland kennt diese nach Landbesatzung und sozialer Klasse bunte Truppe nicht. Man ist so schlecht unterrichtet und so im Landknechtstum verhasst, daß politische Gleichgültigkeit alles Nachdenken unterdrückt. Nabeln, rubein, das sind für sie Wofes und die Propheten. Es ist wieslich ein Wiedererleben des mittelalterlichen Landknechtstums, aber mit Maschinen, gemachten und moderner Technik, was sich da oben in Ausland dreht macht. Das macht sich auch in der Kampfmotiv bemerkbar.

Alle Gefangenen, Zelten und Essen, werden erhaltungsfähig. Der Kampf zwischen deutschen Formationen und lettischen Truppen ist erbittert, wogegen die aus ehemaligen Kellergangenen bestehenden russischen Truppen wenig Widerstand zeigen. Die Deutschen werden durch die Feldbuchhandlungen um folgenden Zeitungen reichlich versorgt: „Deutsche Tageszeitung“, „Tägliche Rundschau“, „Deutsche Zeitung“ sowie der unregelmäßig erscheinenden Frontzeitung „Die Trommel“. Das ist das mühselige Geschäft gegen die deutsche Regierungspolitik. Sie agitiert gegen Rumänien und verhetzt die Soldaten auf jede Weise.

Die Zahl der in Ausland befindlichen deutschen Truppen schätze ich auf 70 000 bis 80 000 Mann, die der Russen auf 20 000 bis 30 000. Ueber Wofes wird im allgemeinen nur gelaßt. Die Litigiere beschreiben ihn offen als ihren besten Freund und vermeiden dabei andeutungsweise auf den riesigen Rückgang an Wafsen und Munition. Bekleidungsstücke und Proviant, der ununterbrochen über die Grenze rollt, und der nicht möglich wäre ohne die Unterstützung der militärischen Dienststellen in Deutschland.

Waffenbesitzer hätten sich der „größten Fürsorge“ um diese Leute bestrebt.

Diesem Nachfertigungsversuch liegt eine bodenlose Grube zugrunde, die um so schlimmer wirken mag, als die Auslassungen von einem angeblichen „Kameraden der Verhältnisse“ geschriebe sein sollen. Dieser „Kamerad“ hat aber den Krieg entweder nur vom warmen Ofenplatz aus mitgemacht und seine Annahme darüber der abendlichen Presse entnommen, oder er war bei der Deportation als aufständischer Antreiber persönlich zugegen, hat sich mit verantwortlich gemacht für die entsetzliche Gewalttat, die jenseits an einem Volke verübt worden ist und möchte sich jetzt als Mitschuldiger vor der Verantwortung drücken. Was andere Erklärung gibt es nicht.

Wenn aber die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ glaubt, das Verbreiten der Deportation durch ein bloßes Ableugnen aus der Welt schaffen zu können, so irrt sie sich. Die Sätze, die wir in dem Besonderen über die „Sklavenbatalione“ geschrieben haben, entsprechen der Wahrheit; sie stellen allerdings nur einen kleinen, äußerst schwachen Ausschnitt aus dem Leiden der Bevölkerung in den besetzten Gebieten dar, das — wenn es richtig geschildert werden sollte — ganze Bände füllen würde.

Arbeiter! Betriebsräte! Arbeiter- und Angestelltenausschüsse aller Industriegruppen Groß-Berlins!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 6 1/2 Uhr Große Versammlung

in den Kammerräumen, Teltowwerstr.

Tagesordnung:

Der Kampf in der Metallindustrie und die geplante Rechtslosmachung der Arbeiter und Betriebsräte aller Industrien.

Der Vollzugsrat

Mitgl. Müller Hinnen

Die Hintermänner der baltischen Marodeure.

Fieberhafte Anwerbungen.

Die Hintermänner der baltischen Marodeure geben ihr verbrecherisches Spiel in Deutschland nicht auf. Sie wissen, daß die militärischen Dienststellen mit dem Herzen bei ihrer Sache sind und ihnen in jeder Weise Hilfe und Unterstützung gewähren. Die Kreise der Regierung existieren für sie nicht. Die Werbegeräten sind lediglich etwas vorläufiger geworden; sie haben in Berlin ihre Quartiere gewechselt, um den Werbeschwindel um so intensiver zu betreiben.

Daß sie den Anwerbungen auch die Reichswehr ihre Hand mit im Spiele hat, steht außer jedem Zweifel und das wird jetzt sogar von einer Lokalkorrespondenz behauptet, die sonst gute Beziehungen zu den militärischen Kommandostellen unterhält. Ohne das Einverständnis mit den militärischen Dienststellen könnte ja der Unfug auch nicht einen Tag existieren. Nach dem uns vorliegenden Material sind wir zu der Annahme gezwungen, daß auch die Linienkommandanturen mit den Werbegeräten unter einer Decke stehen. Nur so ist es zu erklären, daß die Anwerbungen nach wie vor mit gefälschten Pässen versehen können. Auch der Grenzschutz scheint nur dazu da zu sein, für einen gerungen Uebergang der Reuangswerbungen zu sorgen. Noch schwerer wiegt aber die Tatsache, daß verschiedene Werbeschwindler, die in Berlin festgenommen wurden, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Die genannte Lokalkorrespondenz berichtet darüber:

„Oesterreicher in deutscher Uniform, die sie mit Recht zu tragen vorgeben, und russische Agenten der Armeen Ostpreußen und Donau sind hier wiederholt verhaftet worden, und das Merkwürdigste bei dieser Verhaftung ist, daß das Kommandanturgericht, dem diese Personen zugeführt wurden, in mehreren Fällen die Inhaftierten wieder auf freien Fuß gesetzt hat. Auf wessen Anordnung diese Kautschaltung geschehen ist, und wer ein auffallendes Interesse für die Freilassung von Strafverurteilten und Wiederbeschaffung der Ermittlungen befaßt hat, ist bisher nicht bekannt geworden.“

Das Kommandanturgericht wird sich zu dieser Meldung in unabweisbarer Weise äußern müssen. Es könnte sonst der Verdacht auf ihm haften bleiben, daß es mit den Werbegeräten unter einer Decke steht.

Auch Hauptmann Soenigen, der Oberbefehlshaber, ist bisher bei seiner Tätigkeit noch nicht gestört worden. Er sorgt für den Nachschub an Ausrüstungsgegenständen, muß also gute Beziehungen zu den Instandsetzern, Weltaufwärttern und Munitionsbepans haben. Um wie viele Millionen Mark das deutsche Volk dabei schon betrogen worden ist, wovon Hunderttausend und Mark in die Taschen derjenigen geflossen sind, die bei den Schabernackfeldzügen gelistet haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Daß der Nachschub an Munition und Ausrüstungsgegenständen oder auch ganz offen betrieben wird, beweist die Meldung, die wir in unserer Sonnabend-Abend-Ausgabe aus Danzig über brachten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet darüber, daß dieser Nachschub dem Schabernack die Heimat zurücksendenden deutschen Truppen dienen soll. Ein dummer Veredel! Denn es handelt sich bei diesem Nachschub um 6 Waggons Infanterie-Munition und 20 Waggons schwerer Artillerie-Munition (15 Penetrator-Granaten).

Es ist selbstverständlich, daß diese Munition dem Mäanderhauptmann Vermont in die Hände gespielt wird. Denn die in Ausland befindlichen deutschen Truppen brauchen zu ihrem Schutze weiter nichts als einen tüchtigen Kommandeur, der mit den russischen Verbänden nicht konfliktiert, sondern dafür sorgt, daß die deutschen Soldaten so schnell wie möglich über die Grenze gebracht werden.

Schutz den Balkanern!

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Thorn, 26. Oktober.

Die in Thorn erscheinende rechtssozialistische „Freie Presse“ hat den von der „Freiheit“ gefassten Artikel über die Nacht von Offizieren und Mannschaften des Infanterieregiments 21 nach Ausland nachgedruckt. Der Gouverneur der Stellung Thorn hat bedrohlich das Erscheinen der Zeitung auf drei Tage verboten, ebenso den Vertrieb der „Freiheit“ für die gleiche Zeit.

Der von und veröffentlichte Artikel enthält lediglich solche Tatsachen, die in den wesentlichsten Punkten auch vom Gouvernement Thorn bestätigt werden müßten.

Daß das Gouvernement wegen dieser Veröffentlichung die geistlich gewährleistete Pressefreiheit außer Kraft setzt, ist eine Maßnahme, gegen die auf das allerhöchste protestiert werden muß. Statt die Zeitungen zu verbieten, die wahrheitsgetreue Berichte über den Baltenschwindel bringen, sollte sich das Gouvernement Thorn lieber darum kümmern, daß die Offiziere zur Rechenschaft gezogen werden, die zu der Meuterei den Anlaß gegeben haben.

Der Kampf um Petersburg.

Gefängnisse, 25. Oktober.

Wie gemeldet wird, greifen die Bolschewisten an der Petersburger Front mit starken Kräften an. In militärischen Kreisen wird angenommen, daß Judentischs Offensive vorläufig beendet sei. „Kaukasusbladet“ will aus sicherer Entenquelle erfahren haben, daß Frankreich baldige energische Unterstützung für Judentisch versprochen habe.

Verfaßtes, 25. Oktober.

Einige Pariser Abendblätter lassen durchblicken, und „Chicago Tribune“ bestätigt es, daß man in Pariser diplomatischen Kreisen jede Hoffnung verloren habe, daß General Judentisch Petersburg einnehmen könne. Auch „Populaire“ erklärt, der Mißerfolg des Generals Judentisch werde bestätigt. „Chicago Tribune“ glaubt sogar, daß Judentisch vielleicht vor bolschewistischen Kräften den Rückzug antreten müsse und daß die rote Armee möglicherweise sogar einen Teil der baltischen Provinzen besetzen werde.

Der Angriff auf Riga.

Kopenhagen, 24. Oktober.

„Dagbladet“ drachtet am 23. Oktober; am 21. Oktober abends in der Gegend von Riga heftige Artilleriefeuer. Die Deutschen bombardieren Riga fortwährend mit schwerer Artillerie. In der Gegend von Friedrichstadt machten die Deutschen einen Angriff, wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Unser Panzerzug brachte eine feindliche Batterie zum Schmelzen. An der antibolschewistischen Front ist es ruhig.

Der Vertreter der französischen Militärmission du Parcquet schickte an Vermont ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Schon 12 Tage bombardieren Sie die offene Stadt Riga und rufen dadurch Cyber unter Frauen und Kindern hervor. Die zivilisierten Völker nennen das Verbrechen und was Sie anbelangt, so werden Sie aus einem Verräter zum Mörder. Dem Steid, der Sie erwartet, werden auch Ihre Veräter nicht entgehen.“

Durch die Beschießung Rigas von deutscher Seite sind bis jetzt in Riga hundert Opfer aus der Zivilbevölkerung zu verzeichnen. Von ihnen sind bereits zwanzig gestorben.

Proteste gegen die englische Russenpolitik in Unterhaufe.

„Daily Mail“ rief die Frage der Unwesenheit britischer Kriegsschiffe in den russischen Gewässern eine heftige Opposition in Unterhaufe hervor. Als der Lord der Admiralität mitteilte, daß ein starkes britisches Geschwader sich in den russischen Gewässern befindet, erhob sich ein Abgeordneter und rief unser lebhaftem Trotz: „Ordnern in diesem Augenblick die britischen Kriegsschiffe die Russen?“ Ein anderer Abgeordneter fragte: „Darfen wir Krieg führen, ohne daß das englische Unterhaus befragt worden ist?“ Er wurde zur Ordnung gerufen. Als die Mitglieder der Regierungspartei lachten, schloß der Abgeordnete: „Wer gutest lacht, lacht am besten!“

Erleichterung der deutschen Einfuhr nach Italien. Nach einer amtlichen Mitteilung des italienischen Botschafters werden für die Einfuhr deutscher Erzeugnisse in Italien nach der neuesten Vereinbarung der Modierung bedeutende Erleichterungen gewährt.

Gewerkschaftliches.

Sum Streit der Vettergerüstbauer bei L. Altman.

Die Vettergerüstbauer nahmen am Sonntag zum Streit des Herrn Altman Stellung. Die Verhandlung hat sich als erdenkliche Mühe gegeben, um die Aufbesserung des Lohnes als Kampf zu erreichen. Der Altman wogerte sich beharrlich, die Bedingungen ab 1. 10. 19 nachzugeben und bewo die, daß er täglich noch jeden Bedarf Arbeiter zum Preise von 2.— bis 2.10 M. pro Stunde bekommen könne.

Diesem Bescheide gemäß, der der Betriebsversammlung am 23. Oktober vorgebracht wurde, erklärten sämtliche Kollegen durch Weitemabstimmung, die Arbeit am Freitag, den 24. 10. nicht wieder aufzunehmen. Herr Altman will nur mit Deuten aus seinem Vertriebe verhandeln. Darauf wurden sämtliche Vetter gerüstbauer beauftragt, mit Herrn Altman Rücksprache zu nehmen. Am letzten Herr Altman aus, mit diesen jede Verhandlung ab, bis die Arbeit erst wieder aufgenommen ist.

Um die Verhandlungsmöglichkeiten nicht scheitern zu lassen, machte Kollege Walter den Vorschlag, die Kollegen sollen die Arbeit im Betrieb wieder aufnehmen und sofort in Verhandlungen eintreten. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag zu und beschloß: Sollten die Verhandlungen mit Herrn L. Altman nicht das gewünschte Resultat erzielen, so verlassen die Vettergerüstbauer Berlin und Umgebung, den Kollegen der Firma Altman volle Sympathie entgegenzubringen und sie verpflichten sich, Streikarbeit nicht zu verrichten und die kämpfenden Kollegen auch finanziell zu unterstützen, um dem genannten Kampf zum Siege zu verhelfen.

Die Verhandlung soll am Montag nachmittags 6 Uhr eröffnet werden.

Magistratsstrafkell

Da der Magistrat einen Teil der Streikenden immer noch nicht eingestuft hat, fordern wir hiermit diejenigen Kollegen auf, welche noch angeklagt und Mitglied unseres Verbandes sind, sich am Montag, den 27. Oktober, in der Zeit von 10 bis 11 Uhr in unserem Verhandlungsbureau, Berlin, Volk-Allee-Str. 7/10, zur Kontrolle und Regelung der Unterstellung zu machen. Zentralverband der Angestellten, Regal Groß-Berlin.

Wernerwerk! Siemens-Gastke! Dienstag 9 Uhr Betriebsversammlung in den Räumen des Postämtes, Bielefeldstr. 24.

Robrigger und Heiser. Diejenigen Kollegen, die am Streit beteiligt waren, werden aufgefordert, sofern sie ihre Mitgliedsbücher noch nicht empfangen haben, diese am Dienstag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, abzugeben. Die event. rückständige Circulanderstellung wird dort ebenfalls nachgeholt.

